

Antrag

- Seite 1 -

Vorlage Nr. 20081589

TOP/akt. Beratung

| | |
|--|--------------------------------------|
| Sicht- und Eingangsvermerk der Schriftführung/des(r) Vorsitzenden | Datum |
| Antragsteller/in SPD-Fraktion, Herr Fleskes Die Grünen im Rat, Herr Cordes | Unterschrift des(r) Antragsteller/in |
| Empfänger Rat | Sitzungstermin 25.06.2008 |

Betreff

Sozialticket

Wortlaut

Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN im Rat beantragen,

das Thema "Sozialticket" (vgl. Vorlage Nr. 2008 1028, TOP 1.20 der Ratssitzung vom 8.5.2008, siehe Anlage) erneut auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu nehmen und darüber wie folgt zu beschließen:

1.

Der Rat der Stadt Bochum spricht sich für die baldige Einführung eines Sozialtickets (analog zu Ticket 1000, Preisstufe A) im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) für Kunden mit geringem Einkommen gemäß den Kriterien aus dem Ratsbeschluss vom 30.1.2008 aus.

2.

Der Rat der Stadt Bochum fordert die Bochumer Mitglieder in der VRR-Zweckverbandsversammlung auf, einen entsprechenden Antrag in die Gremien des VRR einzubringen bzw. einem solchen Antrag in den Gremien des VRR zuzustimmen.

3.

Der Rat der Stadt Bochum appelliert an die politischen Entscheidungsgremien der anderen Verbandsmitglieder des VRR, ebenfalls entsprechende Beschlüsse zu fassen und damit eine verbundweite Einführung eines Sozialtickets zu ermöglichen.

4.

Falls eine Beschlussfassung für die verbundweite Einführung eines Sozialtickets nicht erfolgen sollte, soll anstelle dessen eine Änderung des VRR-Tarifrechts beschlossen werden. Hiermit soll dann zumindest den Kommunen, die ein solches Sozialticket wünschen, dessen Einführung ermöglicht werden (vgl. Beschluss des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg zur Einführung des Sozialtickets nur für den Bereich der Stadt Köln).

Antrag

- Seite 2 -

Vorlage Nr. 20081589

TOP/akt. Beratung

Begründung:

Mobilität ist in der heutigen Gesellschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt, aber auch für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft.

Viele Menschen - Arbeitslose, Rentner, aber auch Menschen mit niedrigem Arbeitseinkommen - können sich angesichts der hohen Preise im ÖPNV keine oder nur noch eine eingeschränkte Mobilität leisten.

Hier ist zunächst einmal festzustellen, dass der Bundesgesetzgeber zur Überprüfung (und Erhöhung) der Regelsätze der Sozialhilfe und des Arbeitslosengelds II aufgefordert ist, da die derzeit in den Regelsätzen enthaltenen Anteile für "Mobilität" deutlich unter dem Bedarf liegen. Mit dem Anteil können in Bochum z.B. gerade einmal 3 Hin- und Rückfahrten innerhalb des Stadtgebietes bezahlt werden.

SPD und GRÜNE im Rat sprechen sich gleichwohl dafür aus, auch auf kommunaler Ebene die Mobilität einkommensschwacher Menschen durch die Einführung eines Sozialtickets zu fördern.

Die bisherigen Erfahrungen aus den Städten Köln und Dortmund zeigen, dass die Nachfrage für ein solches Sozialticket sehr groß ist.

Aus der Verwaltungsvorlage ist ersichtlich, dass eine Einführung eines Sozialtickets durch die Stadt Bochum alleine unter den gegebenen Haushaltsbedingungen zur Zeit leider nicht möglich ist. In Bochum sind die Bedingungen anders als in Dortmund oder Köln, da die BOGESTRA nicht allein der Stadt Bochum gehört und von ihr finanziert wird. Einnahmeverbesserungen durch das Sozialticket würden wie dargestellt nur zu einem Teil finanziell der Stadt Bochum zu Gute kommen.

Die in der Verwaltungsvorlage vorgenommenen Berechnungen für Bochum können allerdings derzeit nur auf Schätzungen beruhen.

Eine in Köln vom VRS **nach** Einführung des Sozialtickets in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie hat u.a. eine deutlich gestiegene Nachfrage von Kunden nach Tickets und den Rückgang von Schwarzfahrten festgestellt. Aufgrund der Ergebnisse dieser Studie (nach der der Zuschussbedarf der Stadt Köln auf nur noch etwa 1/5 des ursprünglich berechneten Betrages gesenkt werden kann) hat der VRS das Kölner Sozialticket als reguläres VRS-Ticket eingeführt.

Aus den dargelegten Gründen halten SPD und GRÜNE nur eine verbundweite Lösung für die derzeit realistische Möglichkeit zur Einführung eines Sozialtickets, um so auch innerhalb des VRR eine Verrechnung auf der Basis realer Kosten zu erzielen.

Angesichts der positiven Signale aus anderen Kommunen des VRR (z.B. Dortmund, Essen, Gelsenkirchen) und der starken öffentlichen Diskussion über ein Sozialticket besteht die berechtigte Hoffnung, zum jetzigen Zeitpunkt - anders als in früheren Jahren, als entsprechende Initiativen innerhalb des VRR leider erfolglos blieben - eine Mehrheit in der VRR-Verbandsversammlung zu erreichen.

gez.
Dieter Fleskes
SPD-Ratsfraktion

gez.
Wolfgang Cordes
Fraktion Die GRÜNEN im Rat